enterprise europe network

Wir stehen Unternehmen zur Seite

WKO WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

eu top thema

Wirtschaftskammer Österreich

EU-ERWEITERUNG

Juli 2016

eu top thema

INHALT

Historische Erweiterungsrunde 2

Die neuen Mitgliedstaaten waren die Wachstumsmärkte in Europa – Österreich als Hauptprofiteur 2

Positive Handelsbilanz 3

Investitionsboom des Auslands in Österreich 4

Österreich ist Top-Investor in den neuen Mitgliedstaaten 5

Chance für Österreichs Wirtschaft zur Beteiligung an EU-kofinanzierten Projekten 7

EU-Erweiterung, Arbeiten über die grenze 8

Umweltpolitische Aspekte der Erweiterung 9

Wie sind die neuen Mitgliedstaaten von der Krise betroffen? 10

Die Bilanz aus Branchensicht 12

HISTORISCHE ERWEITERUNGSRUNDE

Die **5. Erweiterungsrunde** der Europäischen Union nahm ihren Anfang mit der Erweiterung am 1. Mai 2004 um die vier Nachbarländer Österreichs Slowakei, Tschechien, Slowenien, Ungarn, um Polen, die drei baltischen Staaten sowie Zypern und Malta. Diese Erweiterung war die umfangreichste in der Geschichte der Europäischen Union betreffend die Zahl der beitretenden Staaten, denn bis dahin traten nie mehr als drei Länder der EU bei. 1973 und 1995 war mit jeweils vier Staaten verhandelt worden (in Norwegen gab es in beiden Fällen ein negatives Referendum), 2004 waren es 10 neue Mitglieder, nachdem gleichzeitig mit 12 Staaten Verhandlungen geführt wurden. Mit dem am 1.1.2007 erfolgten Beitritt Rumäniens und Bulgariens und dem Kroatiens am 1.7.2013 wurde die Integration von 13 neuen Ländern in die EU abgeschlossen.

Die EU vereint nun in 28 Staaten ca. 500 Millionen Menschen und ist einer der weltweit größten einheitlichen Märkte.

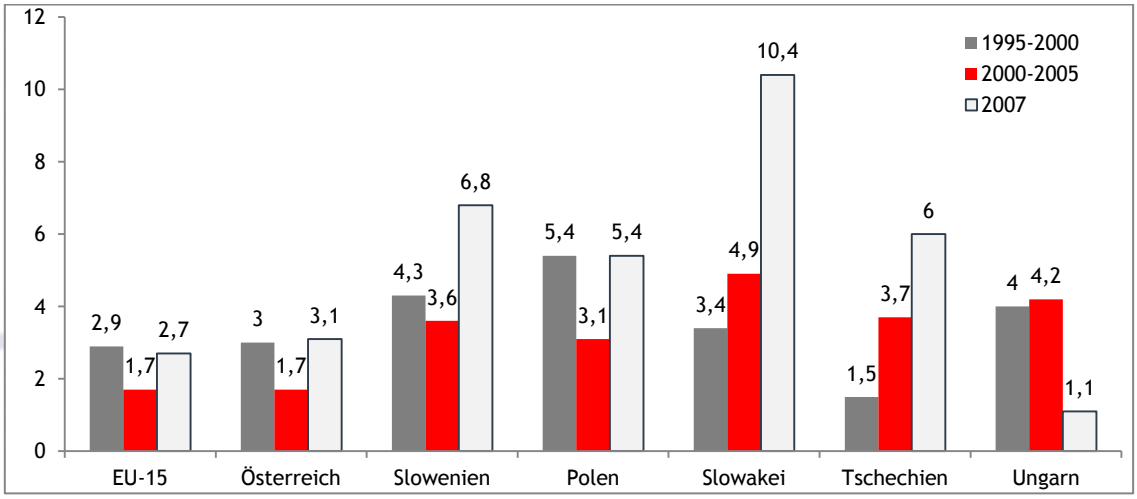
DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN WAREN DIE WACHSTUMSMÄRKTE IN EUROPA – ÖSTERREICH ALS HAUPTPROFITEUR

Schon EU-Annäherung brachte Aufschwung in den neuen Mitgliedstaaten

Die gesamte Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 20 Jahren durch die Annäherung an die EU eine beachtliche wirtschaftliche und demokratiepolitische Entwicklung erfahren. Nach der Ostöffnung 1989 hat das Wirtschaftswachstum der Mittel- und Osteuropäischen Länder eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Dynamik bekommen, einige westliche Länder – allen voran Österreich – erkannten sehr früh die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus der räumlichen Nähe zu diesen „emerging markets“ ergaben.

Wie folgende Grafik zeigt, war das durchschnittliche Wirtschaftswachstum unserer vier Nachbarn und Polens zwischen 1995 und 2005 und noch 2007 weit über dem Österreichs und über dem der „alten“ EU-Mitgliedstaaten.

GRAFIK: BIP Wachstum 1995 – 2007 im Vergleich (Österreich, EU-15, 5 neue Mitglieder)



Die österreichische Wirtschaft hat vom Aufholprozess der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) in den 90iger Jahren am stärksten von allen EU-Mitgliedstaaten profitiert. Die Erweiterung 2004 erfolgte beispielsweise in einer „Wachstumsdelle“ der ehemaligen EU-15, wobei gerade die neuen Mitgliedstaaten (europäische „Tigerstaaten“) die Wachstumsmärkte Europas waren.

eu top thema

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO):
Effekte von Ostöffnung <u>und</u> EU-Erweiterung:

- **zusätzliches Wirtschaftswachstum von fast 20 Mrd. Euro**
- **Schaffung von rund 130.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen**

Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt sehr profitiert. Der Ostöffnungseffekt 1989 allein führt zu einem kumulierten zusätzlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 4,72 % und die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um rund 3.300 pro Jahr.

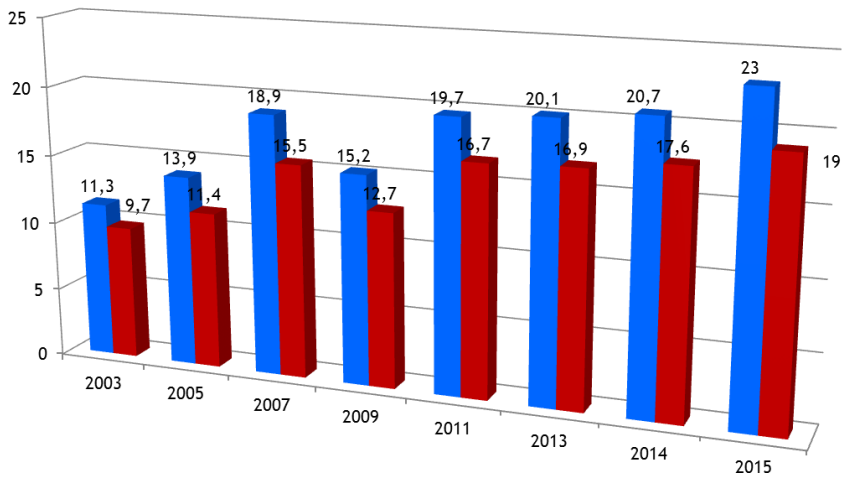
POSITIVE HANDELSBILANZ

Die dynamische Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit den neuen EU-Mitgliedstaaten erfuhr durch deren volle Integration in den Europäischen Binnenmarkt einen weiteren Aufschwung. Die Bilanz ist eindeutig positiv! Schon vor ihrem EU-Beitritt waren diese Länder eine der wichtigsten Stützen des österreichischen Exports. Die **unmittelbare Nachbarschaft** zu den neuen Mitgliedstaaten und die ähnliche Mentalität waren für österreichische Unternehmer traditionell ein **Wettbewerbsvorteil**. Dieser Wettbewerbsvorteil konnte durch den mit der Erweiterung verbundenen freien Waren-, Kapital-, und Personenverkehr **ausgebaut** werden.

Der Anstieg des Außenhandels mit den neuen Mitgliedstaaten begann bereits vor deren EU-Beitritt: schon die Beitrittsperspektive (Zollabbau im Rahmen der Europaabkommen) führte daher zu einem verstärkten Warenaustausch mit künftigen Mitgliedstaaten.

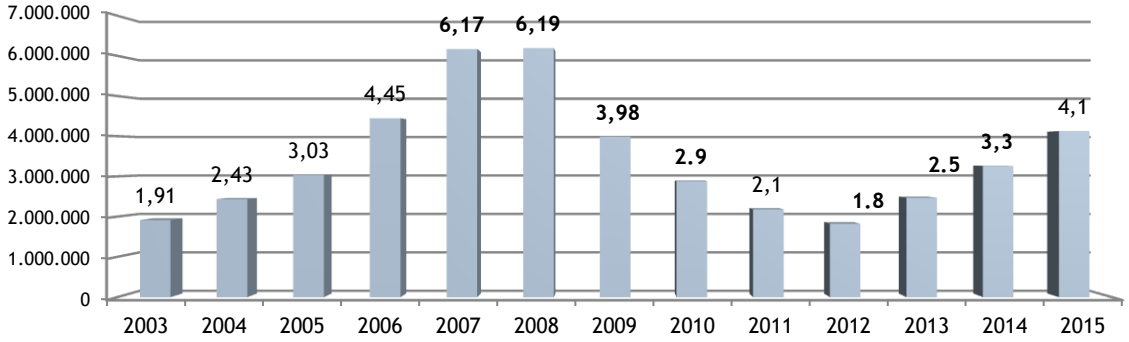
In den letzten 15 Jahren machte der Handel mit Osteuropa mehr als ein Drittel des Gesamtvolumens aus. Österreichs Warenausfuhr nach Osteuropa insgesamt hat sich allein in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht und die Exporte in die neuen Mitgliedstaaten haben sich seit deren EU-Beitritt fast verdoppelt: diese stiegen von 11,3 Mrd. € 2003 auf **23 Mrd. € im Jahr 2015**. Allein die Ausfuhren in unsere 4 Nachbarländer und nach Polen stiegen auf 19 Mrd. Euro 2015.

GRAFIK: *Blau*: Exporte in Mrd. Euro in die „neuen“ Mitgliedstaaten
***Rot:* Exporte in Mrd. Euro in Euro in die „EU 5“**
(Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien)



Der Warenaußenhandel mit Osteuropa bzw. mit den neuen EU-Mitgliedstaaten liefert einen stark **positiven Beitrag zur Handelsbilanz**:

GRAFIK: Österreichs Handelsbilanz mit den neuen Mitgliedstaaten 2003 – 2015
(in Mrd. Euro, Statistik Austria)

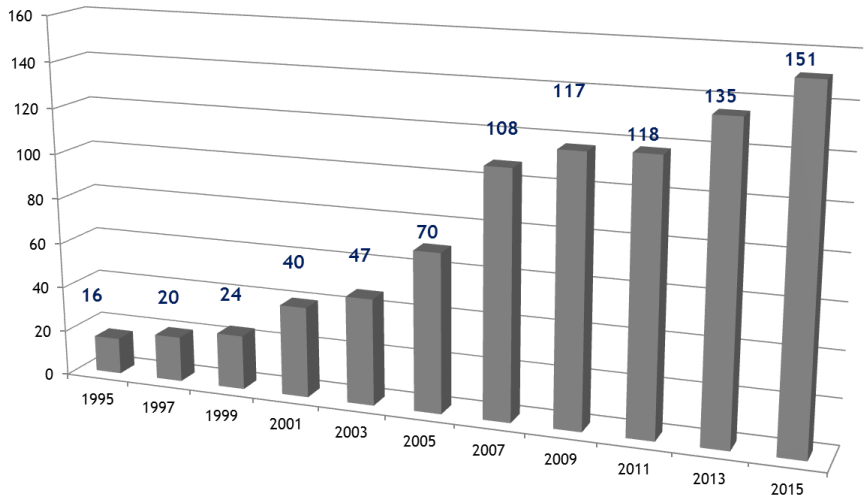


INVESTITIONSBOOM DES AUSLANDS IN ÖSTERREICH

Seit der Integration Österreichs in den EU-Binnenmarkt investierten ausländische Unternehmen in Österreich durchschnittlich (zwischen 1995 und 2014) rund 6,5 Mrd. Euro pro Jahr. In den drei Jahren vor dem Beitritt waren es ca. 1,3 Mrd. Euro pro Jahr. **Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind damit im Durchschnitt auf das Fünffache** angestiegen, die größten Investitionen stammen von Unternehmen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Der Bestand an Direktinvestitionen in Österreich hat sich von rund **16 Mrd. Euro im Jahr 1995** auf rund 70 Mrd. Euro. im Jahr 2005 und auf **151 Mrd. Euro im Jahr 2015** erhöht! (Quelle: OeNB Juli 2016)

Viele internationale Unternehmen „bearbeiten“ den osteuropäischen Raum von Österreich aus und investierten auch als Folge der EU-Erweiterung in Österreich, wodurch Österreich zur Drehscheibe“ Europas wurde.

GRAFIK: Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Mrd. Euro gerundet 1995- 2015



eu top thema

ÖSTERREICH IST TOP-INVESTOR IN DEN NEUEN MITGLIEDSTAATEN

Es ist nicht nur der Außenhandel mit den neuen EU-Mitgliedern, der Österreich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich davor bewahrte, in eine längere Rezession zu kommen sondern auch die starke Marktpräsenz in den Nachbarstaaten. Die Höhe der Direktinvestitionen ist ein weiterer Hinweis auf die starke Wirtschaftsverflechtung Österreichs mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL).

Während die Außenhandelsdaten auch unmittelbar Erweiterungseffekte (Wegfall von Handelshemmnissen und Zöllen z.B. im Agrarbereich) widerspiegeln, wurden **österreichische Direktinvestitionen** bereits massiv **in der Abschlussphase der Beitrittsverhandlungen** getätigt und die Erweiterung somit antizipiert.

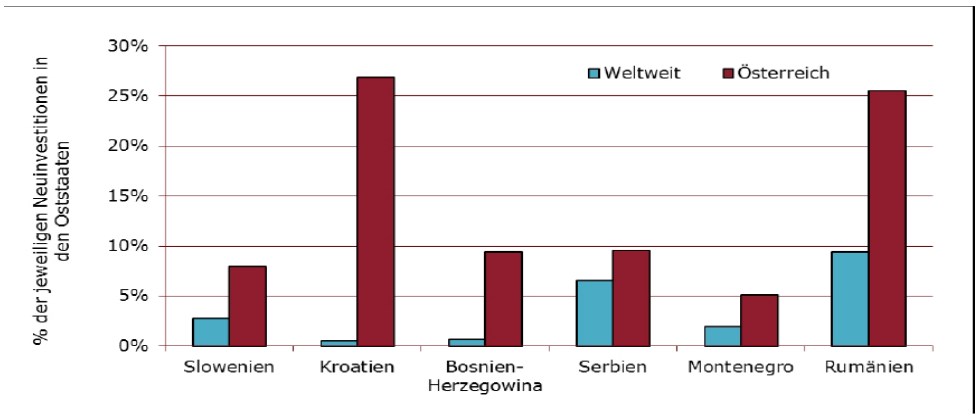
Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung **(WIFO)** stellt in zahlreichen Analysen fest, dass österreichische Unternehmen die Investitionschancen dabei früher als die internationale Konkurrenz nutzten und bereits 1990 rund 0,4 Mrd. Euro in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) investierten.

Der **Bestand an österreichischen Direktinvestitionen** im Ausland insgesamt beträgt 2015 **188 Mrd.** Euro, davon **63 Mrd. Euro in Mittel- und Osteuropa** (OeNB, Juli 2016). Die österreichische Investitionstätigkeit ist damit auch im internationalen Vergleich außerordentlich stark auf Mittel- und Osteuropa, unter anderem auch auf die neuen EU-Mitgliedstaaten, konzentriert.

Bis Mitte der 1990er Jahre lag das Interesse der österreichischen Investoren vor allem in Ungarn, danach wurden insbesondere Tschechien und Polen zu wichtigen Zielländern.

Ab 2002 verlagerte sich die Investitionstätigkeit auf Bulgarien und Rumänien und seit 2005 vermehrt auch auf Südosteuropa und die anderen Mittel- und Osteuropäischen Länder und damit teilweise auch auf Märkte mit erhöhtem Risiko, wobei sich die Investitionen im Zuge der **Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise abschwächten.**

GRAFIK: Österreichische DI-Flüsse 2015 in die Oststaaten in Mio. Euro; Anteile der Regionen



Quelle: WIIW; OeNB

GRAFIK: Österr. DI-Bestände in den Oststaaten in Mio. Euro; Anteile der Regionen[1]

Region	2000	%	2005	%	2010	%	2015	%
NMS-5	6.797	85	19.121	66	29.375	49	30.076	47
NMS-11	7.723	96	26.337	92	47.689	79	51.167	80
SOE	58	1	1.141	4	3.839	6	5.860	9
GUS-Europa	193	2	1.320	5	9.038	15	7.091	11
Oststaaten	8.034	100	28.798	100	60.566	100	64.118	100

Tabelle: Österreichs Direktinvestitionsbestände im Ausland nach Zielregionen in Mrd. Euro

Global	188
BRICS	9
MOEL	**63**
Europa	151
EU-28	124
Amerika	22
Asien	11
Afrika	827
Naher Osten (Saudi-A, VAE)	4

Österreich ist in Slowenien, Kroatien, Bosnien Herzegowina und Serbien der bedeutendste Investor. In Rumänien, Bulgarien, in der Slowakei und in Mazedonien belegen Österreichs Unternehmen mit ihren Firmenbeteiligungen den 2. Platz. Auch in den übrigen Mittel- und Osteuropäischen Ländern ist Österreich als Direktinvestor stark vertreten.

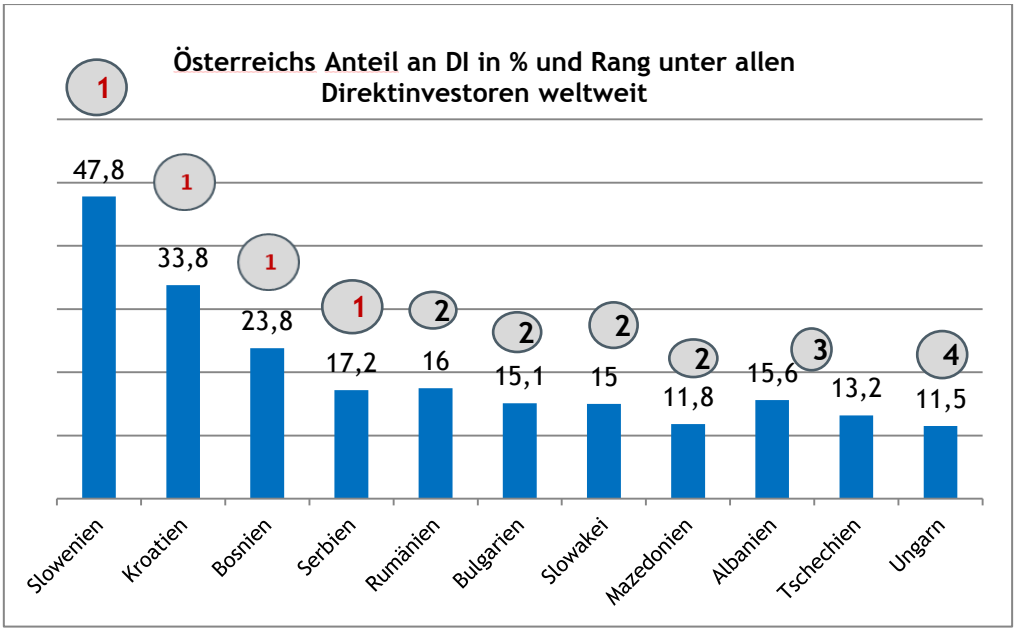
[1] **Neue EU-Mitgliedstaaten 5 (NMS-5)**: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Neue EU-Mitgliedstaaten 11 (NMS-11): Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Südosteuropa (SOE): Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien

GUS-Europa: Belarus, Moldau, Russland, Ukraine

eu top thema



CHANCE FÜR ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT ZUR BETEILIGUNG AN EU-KOFINANZIERTEN PROJEKTEN

Auch nach der Erweiterung besteht ein enormer Bedarf an Investitionen in den Bereichen Umwelt-, Energie und Verkehrsinfrastruktur. Ebenso erfordert die Modernisierung von Unternehmen und Verwaltung weiterhin hohe Investitionen in den verschiedenen Bereichen (z.B. Kommunikationstechnologie für die Verwaltung; Mess- und Prüflabors für Qualitäts-, Veterinär- und Pflanzenschutzkontrollen und für Umweltschutzbehörden; Modernisierung von Produktionsanlagen, Qualitätssicherung für Lebensmittel). Für österreichische Unternehmen, die hier zu den Marktführern gehören, ergeben sich dadurch besondere Chancen, unter anderem im Produktions- und Zulieferbereich. Auch auf Grund der geografischen Nähe besteht ein deutlicher Konkurrenz-Vorsprung gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern (siehe auch Kapitel „Umweltpolitische Aspekte der Erweiterung“).

Diese enormen Investitionsvolumen werden teilweise durch die EU im Rahmen der Regionalförderung kofinanziert:

2007 - 2013:

Für die EU-Regionalförderung 2007-2013 war die Gefahr, dass das Fördergefälle zwischen den österreichischen Regionen und jenen in den neuen EU-Mitgliedsländern zu groß wird, durch die auf europäischer Ebene getroffene Vereinbarung hinsichtlich einer Limitierung auf 20 % gebannt. Das Fördergefälle zwischen den Regionen in den neuen EU-Mitgliedsländern und jenen in der EU-15 wurde also beschränkt, um allzu große Verzerrungen in den Standort- und Wettbewerbsbedingungen zu vermeiden.

2014 - 2020:

Kohäsions- und Strukturpolitik gehören auch in der nächsten Förderperiode zu den zentralen Politikbereichen der Europäischen Union. Inhaltlich geht es wie zuvor um die Festigung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft (Kohäsion), weshalb insbesondere Wachstum und Beschäftigung in den unterentwickelten Regionen gefördert werden.

In der EU-Förderperiode 2014-2020 werden alle „Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ (Sozialfonds/ESF, Regionalfonds/EFRE, Ländliche Entwicklung/ELER, Kohäsionsfonds/KF, Fischereifonds/EMFF) auf die Wachstumsstrategie Europa 2020 und ihre Kernziele abgestimmt und unterstützen so die Strategieumsetzung in den Mitgliedstaaten.

Die Ziele Regionalfonds/EFRE umfassen

- **"Investitionen in Wachstum und Beschäftigung"** (IWB/EFRE): In diesem Ziel wird zwischen "stärker entwickelten", "Übergangs-" und "weniger entwickelten Regionen" unterschieden. Mit Ausnahme des Burgenlands, das 2014-2020 den Status einer "Übergangsregion" besitzt, zählen die restlichen Bundesländer in Österreich zur Kategorie "stärker entwickelte Regionen".

- **"Europäische Territoriale Zusammenarbeit" (ETZ): Ö**sterreich beteiligt sich 2014-2020 wieder an:
    - 7 grenzübergreifenden ETZ-Programmen
    - 3 transnationalen ETZ-Programmen sowie
    - 4 Netzwerkprogrammen

Details: oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/europaeische-struktur-und-investitionsfonds-in-oesterreich-2014-2020/efre.html

EU-ERWEITERUNG, ARBEITEN ÜBER DIE GRENZE

Seit der Erweiterung bestehen für österreichische Erwerbstätige in den neuen Mitgliedstaaten keine Beschränkungen der Arbeitnehmer- und der Dienstleistungsfreiheit.

Österreichische Unternehmer können daher in den neuen Mitgliedstaaten einfacher und unbürokratischer Dienstleistungen über die Grenze erbringen, österreichische Staatsbürger benötigen weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitsgenehmigung.

Übergangsregeln

Auf Grund der bei der Erweiterung bestehenden unterschiedlichen Lohn- und Preisniveaus wurde eine bis zu siebenjährige Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit für sensible Branchen (Bau- und Baunebengewerbe, Reinigungsdienste, soziale Dienste und Hauskrankenpflege, Bewachungs- und Schutzdienste und gärtnerische Dienstleistungen) in Österreich vereinbart. Diese **Übergangsregeln** wurden auch sieben Jahre aufrechterhalten und sind gegenüber acht am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten im Mai 2011 und gegenüber Rumänien und Bulgarien Ende 2013 abgelaufen.

Jetzt gelten sie nur mehr gegenüber Kroatien. Das bedeutet, dass ein kroatischer Staatsbürger in Österreich in der Regel (es gibt aber Erleichterungen für Facharbeiter) nach wie vor eine Arbeitsbewilligung benötigt und ein kroatischer Bauunternehmer eine Beschäftigungsbewilligung, wenn er Mitarbeiter nach Österreich entsenden will.

Dienstleistungsanzeige im Binnenmarkt gilt auch nach Ablauf der Übergangsregeln

Natürlich gelten die Regeln des Binnenmarktes weiter. Wenn zum Beispiel eine – in Österreich an einen Befähigungsnachweis gebundene - grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht wird, so ist die beabsichtigte Dienstleistung vor ihrer erstmaligen Ausführung dem BMWFW (Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft) schriftlich anzuzeigen. Dadurch ist die Einhaltung österreichischer Sicherheits- und Qualitätsstandards gewährleistet.

Details: bmwfj.gv.at/Unternehmen/Gewerbe

Entsendemeldung

Ein Arbeitnehmer, der von einem Arbeitgeber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat zur Erbringung einer fortgesetzten Arbeitsleistung nach Österreich entsendet wird, hat Anspruch auf:

- gesetzliches oder kollektivvertragliches Entgelt
- bezahlten Urlaub bzw. die Urlaubsregelung des BUAG
- die gesetzlichen bzw. kollektivvertraglich festgelegten Arbeitszeiten
- die Einhaltung der österreichischen Arbeitnehmerschutzbestimmungen

Jede Entsendung muss vom entsendenden Arbeitgeber der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung (KIAB) des Finanzministeriums (BMF) (derzeit noch) spätestens 1 Woche vor Arbeitsaufnahme gemeldet werden. Dies dient der Überprüfbarkeit der Einhaltung der Lohn- und sonstigen Sozialvorschriften.

- **Details:** https://www.bmf.gv.at/betrugsbekaempfung/entsendung-zentrale-koordination/entsendemeldungen-zentrale-koordinationsstelle.html)

Um Verstöße gegen österreichische Lohn- und Sozialstandards sowie Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist am 1.5.2011 das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz in Kraft getreten. Nach diesem ist die Unterschreitung des kollektivvertraglichen Grundlohns strafbar.

Die Finanzpolizei in Zusammenarbeit mit dem bei der Wiener Gebietskrankenkasse eingerichteten Kompetenzzentrum LSDB (Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfung) kontrolliert jene Mitarbeiter, die von ausländischen Unternehmen nach Österreich entsenden wurden. Ausländische Arbeitgeber sind verpflichtet, die erforderlichen Lohnunterlagen in deutscher Sprache für die Dauer der Beschäftigung am Arbeitsort bereit zu halten.

- **Details zum Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz** und die seit 1.1.2015 verschärfte Version: https://www.wko.at/Content.Node/Service/Arbeitsrecht-und-Sozialrecht/Arbeitsrecht/Entgelt/Lohn-_und_Sozialdumping_Begriff_und_Ueberpruefung.html
- **Entsendeplattform**: http://www.entsendeplattform.at/cms/Z04/Z04_0/home
- **Kollektivverträge** mit Lohn- und Gehaltstafeln: https://www.wko.at/Content.Node/Service/Arbeitsrecht-und-Sozialrecht/Kollektivvertraege/kvdb.html

UMWELTPOLITISCHE ASPEKTE DER ERWEITERUNG

In den neuen Mitgliedstaaten besteht gerade im Umweltbereich nach wie vor großer Aufholbedarf. Dies bedeutet unter anderem im **Abfallbereich**, dass die notwendige Infrastruktur für Sammlung, Behandlung und Verwertung von Abfällen in den neuen Mitgliedstaaten erst teilweise vorhanden ist und funktioniert. Aber dadurch und auch durch das Nachholen des Konsums nach der "Wende 1989" entstehen in den neuen Mitgliedstaaten neue Probleme: mehr Abfälle, Probleme mit administrativen Aspekten der Abfallwirtschaft, Notwendigkeit von vermehrten thermischen Verwertungskapazitäten.

So wie Österreich in den 80er-Jahren, haben die neuen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren signifikante **Reduktionen bei z.B. SO_2-Emissionen** (Schwefeldioxid, verantwortlich für sauren Regen) erzielt. Allerdings aus etwas anderen Gründen als in Österreich. In einer ersten Phase wurden viele Anlagen einfach aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen und dadurch die Emissionen

signifikant reduziert. In einer zweiten Phase wurden auch bestehende Anlagen saniert bzw. mit Filtern etc. ausgestattet.

Aufgrund des auch nach der Erweiterung bestehenden hohen Investitionsbedarfes für die Anpassung der neuen Mitgliedstaaten im Umweltbereich bestehen nach wie vor Chancen für österreichische **Umwelttechnikunternehmen**, ihren Know-how- und Kulturvorsprung für Aufträge zu nützen.

WIE SIND DIE NEUEN MITGLIEDSTAATEN VON DER KRISE BETROFFEN?

Die Finanz-und Wirtschaftskrise hat auch in Osteuropa zu einem **Konjunktureinbruch** geführt. Noch 2012 befanden sich zahlreiche Länder in einer **Rezession**, darunter die für Österreich wichtigen **Exportpartner Ungarn, Tschechien, Slowenien und Kroatien**. Doch es wurden nicht alle Länder von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten gleich getroffen: schon 2012 prognostizierte das wiiw (Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche) für 2013 mit Ausnahme Sloweniens überall eine Erholung, wobei die Situation – wie auch heute – in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist.

Staaten, die bei ihren Exporten nicht ausschließlich von den Entwicklungen in der Eurozone abhängig sind (**Estland, Lettland, Litauen**) und Länder mit einer kräftigen Binnennachfrage (**Polen**) waren und sind in einer stabileren Lage.

Polen hat die Krise besser bewältigt als jedes andere EU-Land, es hat – wenn auch abgeschwächt – durchwegs ein Wirtschaftswachstum verzeichnet.

Weit schwieriger ist die Bewältigung der Krise für jene Länder, die massiv von Exporten in die Eurozone abhängig sind. Bei Ungarn, Tschechien und Slowenien kamen länderspezifische Probleme hinzu.

Die schwache Konjunktur in **Ungarn** ist eine Folge von drei Sparpaketen. Die hohe Arbeitslosigkeit und stagnierende Einkommen bremsten in Ungarn zudem die Binnennachfrage. Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Ungarns ist vor allem die weitere globale Entwicklung als auch die Nachfrage Deutschlands maßgeblich.

Auch die **Tschechische Republik** befand sich aufgrund sinkenden Inlandskonsums, schwacher Investitionstätigkeit und Sparpolitik der Regierung in einer Rezession. Tschechien ist extrem exportabhängig, was aufgrund steigender Nachfrage vor allem des Haupthandelspartners Deutschland langsam zu einem Aufschwung führt.

In **Slowenien** führte die Bankenkrise und die Überschuldung des Privatsektors 2012 de facto zum Erliegen der Investitionstätigkeit. Aufgrund der starker internationaler Verflechtungen und der großen Bedeutung der Exportwirtschaft wurde Slowenien von der Wirtschaftskrise entsprechend heftig getroffen. 72 % aller Exporte bzw. rund 78 % aller Importe gehen in die EU bzw. kommen aus der EU.

Auch die **Slowakei** ist mit einer Exportquote von 80 % extrem abhängig von der ausländischen Nachfrage, vor allem von den Exporten nach Deutschland.

Kroatiens Wirtschaft dürfte auch 2013 geschrumpft sein - das fünfte Rezessionsjahr in Folge. Hauptfaktoren waren Realeinkommensverluste, der weiter sinkende Privatkonsum sowie ein deutlicher Exportrückgang (EU-bedingte Restrukturierung der Schiffswerften; Produktionsverlagerungen wegen Ausstieg aus CEFTA-Zone; mangelnde Wettbewerbsfähigkeit) (Quelle: AWO update Kroatien, März 2014).

Generelle Prognose des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche(wiiw):

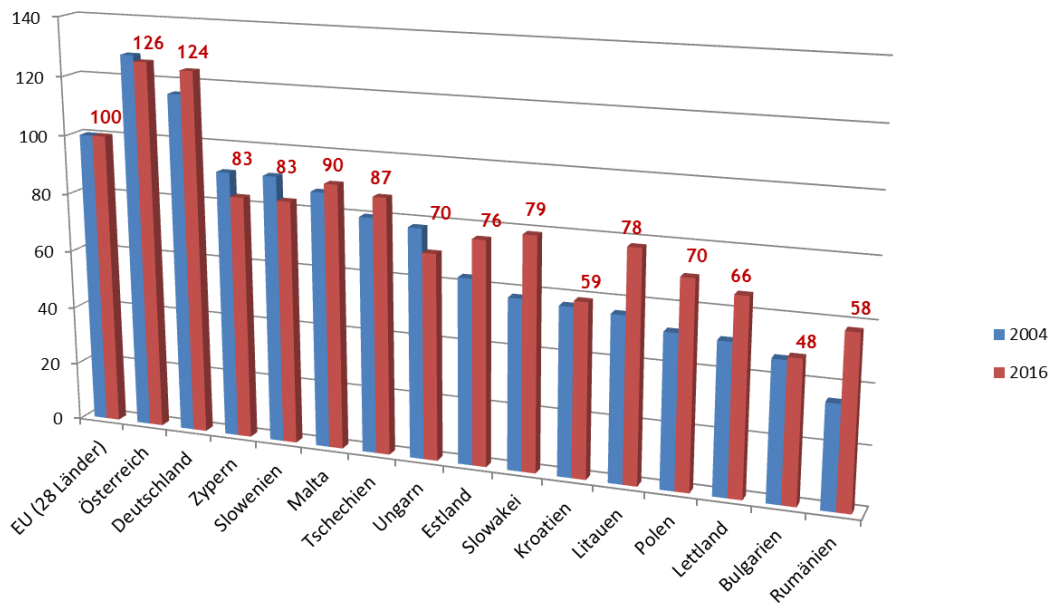
Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche erwartet für die Jahre 2014-2016 ein verstärktes Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2-3 % für viele Mittel-, Ost- und Südosteuropäische Länder: Wesentlicher Wachstumsimpuls kann eine Wende bei öffentlichen und privaten Investitionen sein.

Besonders die **neuen EU-Mitgliedstaaten** haben Ende 2013 zusätzliche Anstrengungen unternommen, um die Ausschöpfungsrate für die im mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007-2013 zugewiesenen Förderungen zu steigern. Aus diesem Grund ist in der verbliebenen Auszahlungsperiode 2014-2015 mit stark erhöhten Investitionen im Rahmen der von der EU geförderten Projekte zu rechnen.

Da in fast allen Fällen eine nationale Kofinanzierung vorgesehen ist, dürften die öffentlichen Kapitalinvestitionen in den Mittel-, Ost- und Südosteuropäischen Ländern ebenso zunehmen und zusätzliche private Investitionen anregen.

Neben Transportinfrastruktur-Projekten sind eine Reihe von Kraftwerken geplant oder bereits in Realisierung. Abgesehen von den erwähnten öffentlichen und halböffentlichen Infrastrukturinvestitionen werden die verbesserten Wachstumsaussichten in der Eurozone mit hoher Wahrscheinlichkeit die Exportindustrie der Mittel-, Ost- und Südosteuropäischen Länder dazu animieren, ihren Kapitalstock zu erweitern und zu modernisieren. Die zu erwartenden Investitionen sollten den Fall in eine Deflationsspirale verhindern und zu einem vorteilhafteren Gleichgewicht mit niedrigeren Arbeitslosenzahlen führen. Etwaige Energieengpässe, potentielle Handelsembargos oder zusätzliche Risikoprämien bei den Zinssätzen könnten jedoch das investitionsgetriebene Wachstum noch beeinträchtigen.

GRAFIK: BIP/Kopf 2004 und 2016 zu KKS (EK, Frühjahr 2016)



DIE BILANZ AUS BRANCHENSICHT

Handel

Vom Handel - besonders von den kleinen Unternehmen in den Grenzregionen zu den neuen Mitgliedstaaten - wird der größte Vorteil der EU-Erweiterung im Wegfall der Grenzkontrollen, der Zollformalitäten und verschiedener Handelshemmnisse gesehen.

In vielen Bereichen hat sich die Angst des Handels vor einer Zunahme des Kaufkraftabflusses nicht bestätigt; bereits vor der Erweiterung waren die Einzelhandelsunternehmen einem starken Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Die Einkäufe österreichischer Konsumenten in den angrenzenden Nachbarstaaten waren schon vor deren Beitritt stark angestiegen.

Potential neuer Kunden nutzen

Gerade kleine Handelsunternehmen, die in Grenzregionen angesiedelt sind, haben die Erweiterung in ihrem wirtschaftlichen Handeln bereits vor dem Beitritt der neuen Länder vorweggenommen und waren daher starke Befürworter der Erweiterung.

Diese profitieren nach wie vor von der Marktöffnung, da die ehemalig „tote Grenze“ lebendig geworden ist und grenzüberschreitende Kooperationen und Werbegemeinschaften weiter ausgebaut wurden.

Die Maßnahmen und Strategien des Einzelhandels lagen und liegen auch noch in den nächsten Jahren in der Spezialisierung, der Kostensenkung, im verbesserten Kundenservice, in Qualitätsverbesserungen und im Anbieten von neuen Produkten.

Österreichs Trafikanten sehen jedoch nach wie vor auch Nachteile in dieser Marktöffnung: da systematische Warenkontrollen an der Grenze innerhalb der EU mit den Prinzipien des Binnenmarktes nicht vereinbar sind, konnten auch 7 Jahre geltende Beschränkungen des steuerfreien Importes von Tabakwaren schwer exekutiert werden. Das schon vor der Erweiterung bestehende Problem des Schmuggels günstigerer Zigaretten aus den Nachbarländern hatte sich verschärft. Dieser Umstand wurde seitens der österreichischen Trafikanten als Grund für zunehmende Umsatzeinbrüche angeführt.

Gewerbe und Handwerk

Auch das österreichische Gewerbe und Handwerk bewertet die Marktöffnung zu den neuen Mitgliedstaaten nach wie vor positiv, insbesondere den durch den Wegfall der Grenzkontrollen erleichterten innergemeinschaftlichen Warenverkehr und Leistungsaustausch sowie die Möglichkeit, wieder an traditionelle Wirtschaftsverbindungen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen "beiderseits der Grenzen" anzuknüpfen.

Daraus hat sich ein Wissens-, Auftrags- und Kapitalaustausch zum Vorteil beider Wirtschaftspartner - auch im Hinblick auf neue Absatzmärkte - entwickelt.

Kritische Stimmen gibt es nach wie vor in der Baubranche und bei Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigern, wo es zu einer Verschärfung der Wettbewerbs-Situation gekommen ist.

Industrie

Die Industrie hat durch hohe Direktinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten die Erweiterung quasi schon in den 90er Jahren „vorweggenommen“. Der Kostenmix in der Produktion trug wesentlich dazu bei, dass Österreichs Industriebetriebe auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben.

eu top thema

Besonders die Lebensmittelindustrie profitiert von der eingangs bereits erwähnten vollständigen Liberalisierung des Handels mit agrarischen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten im Zuge der EU-Erweiterung. Die Vorteile liegen in dem nunmehr besseren Zugang zu günstigeren Rohstoffen sowie in den ungehinderten Exportmöglichkeiten in die neuen Mitgliedstaaten.

Produktionszuwächse der österreichischen Industrie sind auch von der wachsenden Auslandsnachfrage getragen.

Tourismus: Verdoppelung der Nächtigungen aus den neuen Mitgliedstaaten

Für den Tourismus hat der EU-Binnenmarkt neue Rahmenbedingungen geschaffen: es kam zu einer Reihe von Reiseerleichterungen und einer Verbesserung der Verbraucherrechte für die Reisenden. EU-Reisepässe und ein einheitliches Schengen-Visum sowie die Einführung des Euro sind für Touristen aus dem EU-Raum, aber auch für Reisende aus Drittstaaten, wesentliche Entlastungen in zeitlicher und ökonomischer Hinsicht.

Damit stärkt die EU die Attraktivität Europas und Österreichs als Reiseziel. Die Tourismusunternehmen profitieren auch von der Arbeitnehmerfreizügigkeit, da dadurch mehr Arbeitskräfte verfügbar sind, was gerade in Zeiten von Fachkräftemangel enorm wichtig ist. Die Arbeitsmarktöffnung vom 1. Mai 2011 hat zu einer dynamischen Entwicklung des touristischen Arbeitsmarktes beigetragen.

Aber auch die Dienstleistungs-Richtlinie bietet Berufsgruppen, wie z.B. den Fremdenführern, die Möglichkeit, leichter im Ausland tätig zu werden. Die Berufsanerkennungs-Richtlinie trägt wiederum zur Qualitätssicherung im europäischen Dienstleistungsmarkt bei, da sie gewisse Mindestanforderungen gerade im Bereich der reglementierten Berufe vorsieht.

Schließlich ist das Projekt „Hotelstars Union“ nicht zuletzt auch aufgrund der Europäischen Union so erfolgreich. Denn die europäischen Strukturen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das österreichische Sternesystem im Sinne eines Bottom-up-Prozesses zum europäischen Standard werden konnte (Quelle: Fachverband Freizeit- und Sportbetriebe, WKÖ)

Der Beitritt zur EU bzw. die Erweiterung haben aber vor allem zu einem weiteren Zustrom von Touristen nach Österreich geführt, so ist besonders die Anzahl der Touristen aus fünf 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten seit 2005 um 74 % gestiegen!

Anstieg der Touristennächtigungen aus fünf neuen EU-Mitgliedstaaten 2005 bis 2015

	Tschechien	Ungarn	Polen	Rumänien	Slowakei	Slowenien
Nächtigungen 2005	1.133.267	1.295.882	819.743	230.462	232.178	243.574
Nächtigungen 2015	2.123.891	1.624.206	1.478.694	831.278	525.192	374.446
Veränderung in % seit 2005	87,4	25,3	80,4	260,7	126,2	53,7

Banken

Bereits relativ früh sind österreichische Kreditinstitute in das Bankgeschäft in Zentral- und Osteuropa eingestiegen und in der Region über Tochterbanken tätig geworden. Banken aus den „alten“ Mitgliedstaaten sind auch die größten Kreditgeber in der Region. Besonders Institute aus Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Schweden.

Verkehr

- **Transporteure**

Die fortschreitende Liberalisierung des Transportmarktes durch die Erweiterung der EU äußert sich in einer sehr angespannten Wettbewerbssituation: seit dem EU-Beitritt des jeweiligen Landes können Transporteure aus den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten ohne Beschränkung grenzüberschreitende Transporte in die EU durchführen. Dazu trägt die fehlende Harmonisierung der KFZ- und Mineralölsteuer, unterschiedliche Lohnniveaus sowie die mangelhafte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Verkehrsbereich in einigen EU-Ländern sowie fehlende Koordinierung der Kontrollen bei. Ein Ergebnis dieses „Wettbewerbs“ ist die Ausflaggungs-Tendenz heimischer Transportunternehmer ins benachbarte EU-Ausland, was zu einer weiteren Verschärfung der Situation beiträgt, die heimische Transportwirtschaft und den Arbeitsmarkt dieser Branche belastet. Nach Einschätzung der österreichischen Transportunternehmer brachte die EU-Erweiterung daher mehr Nachteile als Vorteile für ihre Branche.

- **Spediteure**

Die Erweiterung der EU hat auch Vorteile gebracht, die sich in Einsparungspotenzialen auf dem Gebiet der Transportkosten widerspiegeln. Das führt dazu, dass sich die verladende Industrie zunehmend osteuropäischer Transporteure bedient; dies wiederum verstärkt den Druck auf kleinere Frächter, die nicht in der Lage sind ihre Kosten durch Auslagerungen zu senken.

Der Wegfall der Grenzkontrollen und Zollformalitäten ermöglicht einen vereinfachten Güteraustausch. Hier profitieren vor allem heimische Speditionen. Mitbewerber aus den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten werden hier bis dato nicht als Konkurrenz angesehen, da diese noch nicht über das gleiche Know-how wie österreichische Unternehmer verfügen.

- **Schienenbahnen**

Aus der Sicht des **Verkehrsträgers Schiene** hatte die EU-Erweiterung positive Effekte: so konnte der länderübergreifende ÖPNRV unter dem Motto "Euregio" zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn verstärkt ausgebaut werden und auch die Taktverkehre zu den neuen europäischen Hauptstädten verdichtet werden.

Beim **Güterverkehr** auf der Schiene profitierten die Bahnen vom zunehmenden Verkehr aus und in die neuen Mitgliedsländer.

- **Schifffahrtsunternehmen**

Der EU-Rechtsbestand wurde durch die neuen Mitgliedstaaten im Bereich der Binnenschifffahrt vollständig übernommen. Auf diesem Gebiet wurden auch keinerlei Übergangsfristen vorgesehen. Befürchtungen, dass die österreichische Binnenschifffahrtsflotte durch den Preisdruck neuer Mitbewerber in Bedrängnis geraten könnte, konnten zerstreut werden.

- **Luftfahrtunternehmungen**

Im Großen und Ganzen gab es im Luftverkehr durch die EU-Erweiterung keine Veränderung. Lediglich die durch Luftverkehrsabkommen eingeführten "Code Share Abkommen" (die ungarische

eu top thema

Fluglinie Malev hatte z.B. ein fixes Sitzkontingent auf AUA Flügen nach Budapest) sind mit der Erweiterung größtenteils weggefallen. Damit hat der Binnenmarkt auch in diesem Bereich Einzug gehalten und ermöglicht eine freie und marktgerechte Einsetzung der Flugzeuge nach der jeweiligen strategischen Ausrichtung der Unternehmen.

Information und Consulting

Rückblickend hat bereits die mit der Integration Österreichs in den EU-Binnenmarkt erfolgte Liberalisierung neuer Dienstleistungssektoren (Finanzdienstleistungsunternehmen, Versicherungsmakler, Unternehmen der Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie der Telekommunikations- und Rundfunkbranche) zu einem explosiven Wachstum verholfen. Aber auch andere unternehmensnahe Dienstleistungsbranchen wie Unternehmensberatung/IT, Werbung, Technische Büros und Immobilientreuhänder haben das rasante Aufwärtspotential des europäischen Binnenmarktes nutzen können.

Signifikant ist in diesem Zusammenhang vor allem die relativ hohe Exportquote der Sparte Information und Consulting, die im Branchendurchschnitt im Jahr der Erweiterung 2004 auf knapp 14 % gestiegen ist. Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen wurde durch die EU-Erweiterung wesentlich erleichtert.

Diese Zahlen zeigen die wirtschaftliche Dynamik, die einerseits schon der EU-Beitritt Österreichs 1995 aber auch die große Erweiterung der Union ausgelöst hat. Eine Schlüsselrolle spielt dabei zweifellos die Informationstechnologie: viele österreichische Dienstleistungsunternehmen sehen die neuen Mitgliedstaaten trotz der Schwierigkeiten im Zuge der Finanzkrise weiterhin als Region der wirtschaftlichen Hoffnung und setzen große Anstrengungen, um dieses Wachstumspotenzial zu nutzen.

Verstärkte Kooperationen sind im Bereich der Planungs- und Beratungsdienstleistungen entstanden. Vorteile der Erweiterung spürt auch die österreichische Werbebranche. Werbe- und PR-Agenturen profitieren von österreichischen Auftraggebern, die sie mittlerweile verstärkt nach Mittel- und Osteuropa begleiten.

Impressum: Wirtschaftskammer Österreich
1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63

Stabsabteilung EU-Koordination
T: 05 90 900-4315, W: http://wko.at/eu | E: eu@wko.at

Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Christian Mandl
Autor(en): Mag. Micaela Kleedorfer
© 2016 Wirtschaftskammer Österreich
Inhalt nach bestem Gewissen aber ohne Gewähr